



Corona-Pandemie: Implikationen für die Sicherheitspolitik

Wie beeinflusst die Corona-Pandemie die Aussichten für Frieden und Sicherheit in Europa? Einige Trends zeichnen sich bereits ab. Sie betreffen die Rahmenbedingungen der traditionellen Sicherheitspolitik mit ihren diplomatischen und militärischen Mitteln. Das Ausmaß der Veränderungen ist allerdings noch offen.

- ▮ Die Vorbereitungen auf ein breiteres Spektrum existenzieller Risiken haben sich als unzureichend erwiesen. Ihre Ausweitung stellt den Stellenwert traditioneller Sicherheitspolitik mit ihrem hohen Finanzbedarf für militärische Mittel in Frage.
- ▮ Die ersten politischen Reaktionen auf die Pandemie waren durch Renationalisierung und Schwächung internationaler Institutionen bestimmt. Um eine zukunftssträchtige als Friedenspolitik verstandene Sicherheitspolitik voran zu bringen, sind neue Initiativen geboten.

Obwohl wir uns noch mitten in der Pandemie befinden, ist eine erste Einschätzung der friedens- und sicherheitspolitischen Folgen der aktuellen Problemlage möglich. Die Trends sind zwar widersprüchlich, aber Veränderungen in den Rahmenbedingungen deutscher und europäischer Sicherheitspolitik lassen sich bereits jetzt erkennen und erste Empfehlungen daraus ableiten. Kurz gesagt: Die aktuelle Pandemie macht bereits bestehende Probleme und Defizite sichtbar. Offen ist allerdings, inwieweit sich diese Erkenntnis in einer veränderten Sicherheitspolitik niederschlagen wird und ob die Pandemie zu einem Katalysator für die Suche nach neuen Ansätzen und besseren Lösungen wird. Wir plädieren in diesem Policy Brief dafür, aus der Pandemie Lehren für grundlegende Veränderungen der Sicherheitspolitik in Europa zu ziehen.

FOLGEN DER PANDEMIE VON SICHERHEITSPOLITISCHER BEDEUTUNG

Auf den ersten Blick scheint die aktuelle Krise nur wenige Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt zu haben. Warum sollte sie daher von Bedeutung für die traditionelle Sicherheitspolitik sein, die sich um die Wahrung von Frieden und Sicherheit vor äußeren Bedrohungen kümmert, primär gestützt auf militärische und diplomatische Mittel? Weder hat sich das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen zum Besseren oder Schlechteren verändert, noch hat das Kriegsgeschehen in der Welt deutlich ab- oder zugenommen. Der angesichts der humanitären Folgen der Pandemie nahe liegend erscheinende Vorstoß des Generalsekretärs der Vereinten Nationen António Guterres, alle Kriegsparteien zu Waffenstillständen aufzurufen, ist weitgehend verpufft. Die vielleicht am breitesten wahrgenommene Entwicklung betrifft die weitere Zerrüttung der Beziehungen zwischen den USA und China, die von US-Präsident Trump mit der polemischen Wortschöpfung vom „China-Virus“ betrieben wurde. Insgesamt ist allerdings fraglich, ob das Verhältnis zwischen den USA und China sich nicht auch ohne Pandemie verschlechtert hätte. Wie weit die Wahlniederlage Donald Trumps, die zumindest teilweise mit der Pandemie und seiner Reaktion darauf in Verbindung gebracht wird, daran etwas ändert, ist offen.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man über den Kernbereich der traditionellen Sicherheitspolitik hinaus auf deren Rahmenbedingungen blickt und damit auf mögliche mittel- und langfristige Auswirkungen der Pandemie auf die traditionelle Sicherheitspolitik. Mehrere durch Corona zum Teil erst deutlich gewordene, zum Teil verstärkte Entwicklungen haben das Potenzial, auch die traditionelle Sicherheitspolitik zu verändern, weil sie Grundlagen dieser Politik in Frage stellen.

Der erste Punkt betrifft den Stellenwert traditioneller Sicherheitspolitik sowohl im Hinblick auf die existenziellen Bedrohungen für Individuen und Gesellschaften in Deutschland, Europa und anderswo als auch den mit diesem Stellenwert begründeten Finanzbedarf für sicherheitspolitische Institutionen mit den Streitkräften als größtem Kostenfaktor.

Die Corona-Krise hat fast überall die unzureichende Vorbereitung auf die Pandemie deutlich gemacht. Nur in sehr wenigen Staaten waren umfassende Pandemiepläne und ausreichend Kapazitäten für eine Extrembelastung des Gesundheitssektors vorhanden. Dabei hat sowohl die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs von Epidemien als auch deren globale Weiterverbreitung in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Warnungen vor und Übungen zur Bewältigung von Pandemien wurden nur in kleinen Expertenkreisen ernst genommen. Ausnahmen waren

vor allem Staaten in Ostasien, die 2002/2003 von der SARS-Epidemie besonders stark betroffen waren. Nur wenig besser waren die meisten Staaten auf die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie vorbereitet. Zwar konnten reiche Länder in früheren Wirtschaftskrisen, zuletzt der Finanzkrise 2008, erprobte finanzpolitische Instrumente rasch zum Einsatz bringen, wie staatliche Ausgabenprogramme oder Erweiterungen des Kurzarbeitergeldes. Aber auch mit den dafür eingesetzten umfangreichen Finanzmitteln konnten die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie nur bedingt eingedämmt werden. Sollte es in kürzeren Zeiträumen wieder zu ähnlichen Krisen kommen, könnten selbst reiche Staaten an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten kommen. Umso wichtiger ist es daher, durch die Intensivierung vorbeugender Maßnahmen zu versuchen, derartig tiefe wirtschaftliche Abschwünge weniger wahrscheinlich zu machen.

Ein zweiter Punkt betrifft das Verhältnis nationaler und internationaler Institutionen und Instrumente traditioneller Sicherheitspolitik. Auf dem militärischen und diplomatischen Feld hat für die meisten Staaten nationales Handeln zwar weiter Vorrang, aber alle haben sich zu den Grundsätzen der Vereinten Nationen zu Gewaltverzicht und friedlicher Streitbeilegung bekannt und viele arbeiten darüber hinaus in regionalen Organisationen wie der NATO oder der Europäischen Union (EU) zusammen. Auf dem wirtschaftlichen Feld hingegen wurden internationale Verflechtungen und eine Art von Globalisierung gefördert, die zum weitgehenden Verlust nationaler Souveränität über wichtige Bereiche wirtschaftlicher Aktivität beigetragen haben. In der Pandemie wurde deutlich, dass wirtschaftliche Internationalisierung mit dem Prinzip der Risikoversorge in Konflikt stehen kann. Selbst in Staaten mit großen und differenzierten Wirtschaften wurden Abhängigkeiten von Zulieferungen von Gütern manifest, die kurzfristig auf nationaler Ebene nicht ersetzbar waren. Dies führte zu einem Wettbewerb um Importe wichtiger Güter, in dem reiche Staaten ärmere aus-

stachen, etwa in der Anfangsphase bei Schutzausrüstungen gegen das Corona-Virus und im weiteren Verlauf bei Impfstoffen.

Der Trend zur Renationalisierung der Politik zeigte sich auch in einem anderen Bereich mit sicherheitspolitischer Bedeutung. Internationale Organisationen hatten große Probleme, die ihnen übertragenen Aufgaben wahrzunehmen. So litt die WHO (World Health Organisation) unter Defiziten sowohl hinsichtlich ihrer politischen Autorität als auch bezüglich ihrer Ausstattung mit Ressourcen. Organisationen für wirtschaftliche Entwicklung wie die Weltbank und Organisationen der humanitären Hilfe, zum Beispiel das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, konnten nicht verhindern, dass Not und Armut im globalen Süden stark zunahmten. Die Vereinten Nationen blieben eine schwache Stimme in der Pandemie.

Diese und andere Probleme, die in den vergangenen zwölf Monaten deutlich wurden, sind nicht erst durch die Pandemie entstanden. Vielmehr verschärft die Krise Defizite, Trends und Spannungsfelder, die schon vorher vorhanden waren. Das gilt für Probleme in den Staaten selbst, in zunehmendem Maße aber auch für Probleme zwischen den Staaten. Die Pandemie hat umso stärker deutlich gemacht, dass wir in einer global vernetzten Welt leben, in der sich komplexe Krisenphänomene innerhalb kurzer Zeit wechselseitig verstärken können.

Wie gut waren Deutschland und die EU auf die Pandemie und ihre Folgen vorbereitet? Wie weit haben sie dem Trend zur Renationalisierung widerstanden?

„MEHRERE DURCH CORONA ZUM TEIL ERST DEUTLICH GEWORDENE ENTWICKLUNGEN HABEN DAS POTENZIAL, AUCH DIE TRADITIONELLE SICHERHEITSPOLITIK ZU VERÄNDERN.“

WIDERSPRÜCHLICHE ASPEKTE STAATLICHER REAKTIONEN IN EUROPA

Die Pandemie-Krise betraf alle europäischen Staaten, aber die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus erfolgten fast ausschließlich auf staatlicher und substaatlicher Ebene. Typisch dafür waren die Grenzschließungen in der EU selbst durch Staaten, die die Mobilität innerhalb des Landes nicht oder kaum einschränkten. Die dominante politische Reaktion war der Rückzug der Politik auf den Nationalstaat, selbst wenn gemeinschaftliches Handeln möglich gewesen wäre. Die Stärkung des Nationalstaats erfolgte auch nach innen: Für die Wahrung des Rechtes auf Gesundheit und Leben wurden individuelle Freiheitsrechte sehr stark eingeschränkt. Zusammen mit der Analyse der sicherheitspolitischen Grundlagen ist der Widerspruch zwischen der allgemeinen Analyse der Pandemie als globalem Problem und dem Fokus auf nationalstaatlichem Regierungshandeln von besonderer Bedeutung für die Einschätzung der sicherheitspolitischen Folgen der Corona-Pandemie.

Sowohl in Europa als auch global erwiesen sich überstaatliche Institutionen als schwach. Statt gemeinsam nach Lösungen zu suchen, handelten die Mitgliedsstaaten der EU zunächst im nationalen Alleingang. Dies stand in offensichtlichem Widerspruch zum Bild der EU als einer Organisation für alle Bürgerinnen und Bürger in der Union. Nach einer Umfrage

wirtschaftlicher Hilfen blieb die Europäische Kommission zunächst praktisch unsichtbar, der Europäische Rat war nicht handlungsfähig. Die Vorteile gemeinsamen Handelns wurden nicht ausgeschöpft. Das begann sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 zu ändern. Die EU-Kommission verhandelte für alle Mitgliedsstaaten mit den Impfstoffherstellern und der Rat beschloss ein umfangreiches Hilfspaket für die Wirtschaft. Aber es bleibt der Eindruck einer Institution bestehen, die den Herausforderungen großer und plötzlich auftretender Krisen nicht gewachsen ist.

Europäische Regierungen reagierten vor allem mit großen finanziellen Hilfsprogrammen für ihre Volkswirtschaften auf die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Je nach Finanzkraft der Staaten konnten damit die wirtschaftlichen Folgen der Krise mehr oder weniger deutlich eingedämmt oder gedämpft werden. Überall stieg die Staatsverschuldung, die vielerorts bereits durch die Maßnahmen zur Überwindung der Finanzkrise von 2008 zugenommen hatte. Auch eine rasche Erholung der nationalen Volkswirtschaften wird nichts daran ändern, dass zumindest kurz- und mittelfristig die Spielräume für öffentliche Ausgaben durch Schuldentilgung und niedrigere Steuereinnahmen eingeschränkt sein werden.

Trotz kurzfristiger Ausweitung der finanziellen Mittel für das Gesundheitswesen sind in allen europäischen Staaten Defizite etwa bei der Ausstattung mit medizinischer Ausrüstung, Ärzt*innen und Pflegepersonal deutlich geworden. Die nach früheren Übungen und in Pandemieplänen angemahnte Aufstockung von Notfallausstattung war häufig nicht durchgeführt worden. Die Krise zeigte die Grenzen der geschrumpften nationalen Gesundheitssysteme auf, die auf wirtschaftliche Effizienz getrimmt worden waren.

Über die aktuelle Krise hinaus sind bestehende Defizite in der Vorsorge vor großen Risiken deutlich geworden, die von Nationalstaaten nicht alleine zu be-

„MIT DER AKTUELLEN KRISE DÜRFTE DAS BEWUSSTSEIN FÜR ANDERE, OFT GERING GESCHÄTZTE ODER VERDRÄNGTE RISIKEN STEIGEN.“

des European Council on Foreign Relations hätte sich schon in der Frühphase der Krise eine Mehrheit der befragten Bevölkerung in den Mitgliedstaaten eine gewichtigere Rolle der EU bei der Bewältigung der Krise gewünscht. Bis auf Ankündigungen enormer

wältigen sind. Die aktuelle Pandemie wird nicht die letzte gewesen sein. Im Gegenteil: Die Wahrscheinlichkeit derartiger Ereignisse ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen und könnte mit wachsender Globalisierung und Urbanisierung sowie durch den Klimawandel und das Artensterben weiter zunehmen. Dabei sind Pandemien nur eine Kategorie von Großschadensereignissen. Mit der aktuellen Krise dürfte das Bewusstsein für andere, oft gering geschätzte oder verdrängte Risiken steigen, von Nuklearkriegen über Klimawandel und Wetterextreme bis hin zu Asteroideneinschlägen. Durch eine gezielte Klimapolitik, den Ausbau des Gesundheitswesens und weitere Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz und der menschlichen Sicherheit, ließen sich die Folgeschäden dieser Naturkatastrophen minimieren. Allerdings kostet der bessere Schutz oft auch viel Geld.

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE DEUTSCHE SICHERHEITSPOLITISCHE DISKUSSION

Die ersten staatlichen Reaktionen auf die aktuelle Krise – verstärkter Nationalismus, auch Autoritarismus, Schwächung des Multilateralismus – lassen eine Verschärfung sicherheitspolitischer Problemlagen befürchten, global und in Europa. Die Analyse der Pandemiefolgen offenbart aber auch starke Ansatzpunkte für neues Denken und Handeln. Die Pandemie und ihre Folgen stellen Grundlagen der Sicherheitspolitik, wie ihren Stellenwert in der Risikovorsorge, internationale Verflechtung und multilaterale Allianzen, auf den Prüfstand. Ein Rückfall in sicherheitspolitische Muster, in denen nationales Handeln und militärische Instrumente dominieren, wäre nicht zukunftsträchtig, ebenso wenig ein Denken, das die Herausforderungen der traditionellen Sicherheitspolitik über andere existentielle Risiken stellt. Stattdessen scheint es uns geboten, aus der aktuellen Krise folgende Schlussfolgerungen für Veränderungen in der Sicherheitspolitik zu ziehen.

Die erste Schlussfolgerung betrifft die Notwendigkeit einer Neubewertung zu erwartender existenzieller Risiken für die Bevölkerung und die Gesellschaft in Deutschland und die daraus erwachsenden Anforderungen für deren kurzfristigen und langfristigen Schutz. Aus einer stärkeren Wahrnehmung von nicht-traditionellen Sicherheitsrisiken, von Pandemien bis zum Klimawandel, folgt nicht notwendig eine Abwertung traditioneller Sicherheitsrisiken wie Terrorismus oder der militärischen Konfrontation mit Russland. Sie lässt sich durchaus mit einem erweiterten Sicherheitsverständnis in Einklang bringen wie es die Bundesregierung seit einiger Zeit propagiert, bisher allerdings ohne die notwendigen Schlüsse daraus zu ziehen. Ein Beispiel ist das weitgehende Verpuffen von Risikoanalysen wie sie etwa vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe regelmäßig durchgeführt werden.

Konkret wird empfohlen, Sicherheitsbedrohungen umfassender zu sehen, d.h. unter Einbeziehung ökonomischer, rechtsstaatlicher, medizinischer und psychologischer Konsequenzen, und diese auch institutionell durch regelmäßige Bestandsaufnahmen und Umsetzungsübungen sowohl von der Wissenschaft als auch durch staatliche Behörden zu verankern. Darauf aufbauend könnte eine erweiterte Sicherheitspolitik der Risiko-Vorbeugung dienen, indem sie Folgen von Ereignissen mindert, die die gesellschaftliche Ordnung oder die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung gefährden könnten.

Auch in der erweiterten Sicherheitspolitik sollten die Kompetenzen der verschiedenen Akteure auf zentral-

„DIE ANALYSE DER PANDEMIEFOLGEN OFFENBART ABER AUCH STARKE ANSATZPUNKTE FÜR NEUES DENKEN UND HANDELN.“

staatlicher, bundesstaatlicher und kommunaler Ebene nicht vermischt werden. Aber dort, wo Synergien möglich sind, etwa im Bereich des Vorhaltens von Reserven im Gesundheitssektor auch für Großschadensereignisse, sollten sie genutzt werden.

Die Abwehr, Vorbeugung und Bearbeitung der verschiedenen existentiellen Risiken, von Pandemien über Klimawandel bis zum Atomkrieg, erfordert eine Beurteilung ihrer Bedeutung für den Schutz von Leben, Gesundheit, gesellschaftlicher Ordnung, wirtschaftlicher Existenz und natürlicher Umwelt. Sie ist eine Grundlage für die Zuteilung staatlicher Ressourcen an Personal und Geld.

Die zweite Schlussfolgerung ist ein Plädoyer, neue Chancen und Perspektiven zu eröffnen, die die Risiken traditioneller sicherheitspolitischer Bedrohungen abbauen. Damit würden die finanziellen und personellen Spielräume ausgebaut, die für eine vorbeugende und nachhaltige erweiterte Sicherheitspolitik notwendig sind.

Aus der erforderlichen Neubewertung von Sicherheitsrisiken ergeben sich Chancen für Initiativen zur Entspannung in Europa, nicht zuletzt für das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen. Überall steigen die Anforderungen an einen umfassenderen

Bevölkerungsschutz bei gleichzeitigem Rückgang der finanziellen Spielräume. Die Pandemie und ihre Folgen haben zudem mögliche Felder für eine stärkere Zusammenarbeit in der EU und darüber hinaus deutlich gemacht.

Konkret wird zum einen empfohlen, den Dialog

über umfassende Sicherheitsrisiken und die daraus erwachsenden Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit in Europa zu verstärken. Eine geeignete Plattform dafür ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Zum anderen sollten Initiativen für nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle in Europa verstärkt werden. Primäres Ziel ist es, gegenseitig als Bedrohung wahrgenommene militärische Fähigkeiten der anderen Seite abzubauen. Darüber hinaus sollte langfristig eine Minderung der Potentiale und der für ihre Finanzierung notwendigen Ressourcen angestrebt werden. In diesem Zusammenhang ist es weiterhin sinnvoll, aktuelle Rüstungsprojekte der Bundeswehr kritisch zu überprüfen, sowohl unter finanziellen Gesichtspunkten als auch im Hinblick darauf, inwieweit sie möglicherweise durch Gegenreaktionen Initiativen für Rüstungskontrolle und Spannungsabbau konterkarieren könnten. Beispiele betreffen das geplante deutsch-französische Luftabwehrsystem FCAS und die Beschaffung von neuen F-18 Kampfflugzeugen für die Bundeswehr, die im Rahmen der Nuklearen Teilhabe als Trägersysteme für U.S.-amerikanische Nuklearwaffen dienen sollen.

Als weitere Maßnahme empfehlen wir, die Vorsorge und Resilienz gegenüber existentiellen Risiken grundsätzlich auszubauen. Insbesondere müssen destabilisierende Gefahren frühzeitig vermieden und verringert werden, durch die sich Krisen verstärken und damit außer Kontrolle geraten können. Ein Element für einen besseren Umgang mit komplexen Krisen ist die Überprüfung und gegebenenfalls Verminderung der Rückkoppelungen, die zwischen verschiedenen Krisen als Verstärker wirken und Dominoeffekte auslösen. Ein Beispiel dafür ist der Abbau von Abhängigkeiten in den für die Sicherheit der Bevölkerung relevanten Lieferketten aus dem Ausland, um die Notfallversorgung mit notwendigen Gütern zu garantieren. Ein weiteres Element ist die Sicherstellung einer ausreichenden Infrastruktur für die Versorgung und Exis-

„AUS DER ERFORDERLICHEN NEUBEWERTUNG VON SICHERHEITSRISIKEN ERGEBEN SICH CHANCEN FÜR INITIATIVEN ZUR ENTSPANNUNG IN EUROPA.“



Bundeswehrangehörige auf dem Weg zu ihrem Hilfeinsatz in Portugal. Das Land ist von der Corona-Pandemie besonders stark betroffen. © AFP

tenzsicherung der Bevölkerung in Extremfällen, also z.B. bei Pandemien oder einem Atomkrieg. Das Gesundheitssystem sollte nicht nur an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet werden, sondern für die Anforderungen in Großschadensfällen ausreichend sein.

Die vorgehenden Empfehlungen richten sich zwar vorrangig an Akteur*innen in Deutschland, sie lassen sich aber leichter in multilateraler Kooperation umsetzen. Zudem widerspricht der alleinige Schutz der Bevölkerung in Deutschland dem Postulat globaler Solidarität. Internationales Agieren muss vom Ziel bestimmt sein, Leben und Lebensbedingungen aller und die Umwelt zu schützen. Das betrifft sowohl finanzielle Aspekte als auch die Chancen, komplexen Sicherheitsrisiken vorzubeugen wie etwa im Bereich des Klimawandels.

Konkret empfehlen wir Initiativen zur Stärkung der Europäischen Union sowie den Ausbau bestehender multilateraler Abkommen und Institutionen im Be-

reich der umfassenden Risikovorsorge und Resilienz für den Krisenfall, etwa beim Klimawandel (Pariser Abkommen) und der Gesundheitsvorsorge. Dabei sollte insbesondere die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestärkt werden, Katastrophenrisiken minimiert, die Abrüstungsbemühungen verstärkt und humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut werden.

WECKRUF CORONA-KRISE

Die Entwicklung von Impfstoffen und die angelaufenen Impfkampagnen machen Hoffnung auf das baldige Ende der Pandemie. Aber die Bewältigung ihrer Folgen wird deutlich länger dauern. Zudem zeichnen sich weitere globale Gefahrenlagen ab. Es darf daher auch in der Sicherheitspolitik kein einfaches Zurück zu den Vor-Coronakrise-Zeiten geben. Vielmehr sollte die aktuelle Krise Anlass sein, die Grundlagen der Sicherheitspolitik zu überprüfen und an das zu befürchtende breite Spektrum an Risiken anzupassen.

LITERATUR

- Brzoska, Michael. Understanding the Disaster-Migration-Violent Conflict Nexus in a Warming World: The Importance of International Policy Interventions. *Social Sciences* 8 (6), 2019.
- Ehrhart, Hans-Georg und Götz Neuneck (Hrsg.). *Analyse sicherheitspolitischer Bedrohungen und Risiken unter Aspekten der Zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes*. Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2015.
- Krastev, Ivan und Mark Leonard. *Europe's Pandemic Politics: How the Virus has Changed the Public's Worldview*. European Council on Foreign Relations, Brüssel, June 2020, https://ecfr.eu/publication/europes_pandemic_politics_how_the_virus_has_changed_the_public_worldview/.
- Scheffran, Jürgen. Das Anthropozän und seine Grenzen: Überlegungen zu Klimawandel, Nachhaltigkeit und Coronakrise. In: Frank Adloff und Sighart Neckel S (Hrsg.). *Gesellschaftstheorie im Anthropozän*. Campus-Verlag, Frankfurt, 2020: 257-279.
- Scheffran, Jürgen. Kollaps und Transformation: Die Corona-Krise und die Grenzen des Anthropozäns. *Wissenschaft & Frieden* 2–2020: 6–9. <https://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=2431>.

Dieser Text ist im Kontext von Diskussionen in der Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“ der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (<https://vdw-ev.de/ueber-uns/studiengruppen/>) entstanden. Wir danken den Mitgliedern für zahlreiche Anmerkungen und Kommentare.

ÜBER DIE AUTOREN

Prof. Dr. Michael Brzoska ist Senior Research Fellow am IFSH. Von 2006 bis 2016 war er Wissenschaftlicher Direktor des Instituts.

Prof. Dr. Götz Neuneck ist Senior Research Fellow am IFSH und Professor an der MIN-Fakultät der Universität Hamburg.

Prof. Dr. Jürgen Scheffran ist Non-Resident Fellow am IFSH und Professor für integrative Geographie an der Universität Hamburg. Er leitet die Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit (CLISEC) am Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit und im Klima-Exzellenzcluster „Climate, Climatic Change and Society“ (CLICCS).

ÜBER DAS INSTITUT

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) erforscht die Bedingungen von Frieden und Sicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Das IFSH forscht eigenständig und unabhängig. Es wird von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.



Gefördert von:

Behörde für Wissenschaft,
Forschung, Gleichstellung
und Bezirke

DOI: <https://doi.org/10.25592/ifsh-policy-brief-0221>

Copyright Cover Foto: AFP Text license: Creative Commons CC-BY-ND (Attribution/NoDerivatives/4.0 International).



IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Beim Schlump 83 20144 Hamburg Germany Telefon +49 40 866077-0 ifsh@ifsh.de www.ifsh.de